AZ B
3001 Bern
Adressänderungen an
Fach 369, 3000 Bern 14

Nr. 4/2016
21. November 2016

Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

Zu den Waffen, Bürger!

«So waren Rom und Sparta viele Jahrhunderte lang bewaffnet und blieben frei. Und die Schweizer sind besonders wehrhaft und in höchstem Masse frei».[1]

Jean-Luc Addor

Das freiheitliche Waffenrecht der Schweiz zu beschneiden bedeutet nichts weniger als unsere Freiheitsrechte insgesamt beschneiden. Denn überall dort, wo das Recht eine Waffe zu erwerben oder zu besitzen eingeschränkt wurde, wurden auch die allgemeinen Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt.

Im Gegensatz zum zweiten Zusatzartikel der US-Verfassung regelt das Schweizer Waffengesetz ausschliesslich den missbräuchlichen Waffengebrauch. Deshalb ist der Erwerb einer Waffe für Schweizer nicht nur eine liebgewordene Tradition, sondern vielmehr ein Grundrecht – ungeachtet davon, ob der Erwerb dem Waffensammeln dient oder um dem Schiesssport zu frönen. Dies ist die Ausgangslage für jede Diskussion über unser Waffenrecht und seine wahrscheinliche Weiterentwicklung.

Jean-Luc Addor

Weil dieses Recht in der eidgenössischen Tradition fest verankert ist, ist Frage des Waffenbesitzes in der Schweiz untrennbar mit der Unabhängigkeit und Souveränität des Landes verbunden. Diese Verbindung wird eindrücklich symbolisiert durch den Bürger, der sein Land als Milizsoldat notfalls mit der Waffe in der Hand verteidigt.

Schon Machiavelli äusserte sich vor 500 Jahren entsprechend über die Schweiz: «So waren Rom und Sparta viele Jahrhunderte lang bewaffnet und blieben frei. Und die Schweizer sind besonders wehrhaft und in höchstem Masse frei».[1] Den Waffenbesitz in Frage stellen, heisst deshalb nichts anderes als die Freiheit der Schweiz grundsätzlich in Frage stellen.

Die Tatsache, dass unsere Soldaten ihre Ordonnanzwaffe nicht nur während ihrer Dienstpflicht sondern auch danach zu Hause aufbewahren dürfen, ist ein starkes Symbol für das weltweit einzigartige Vertrauen, das den gegenseitigen Respekt von Bürger und Staat in der Schweiz seit jeher auszeichnet. Ebenso gilt in der Schweiz, dass unbescholtene Bürger Waffen erwerben und besitzen dürfen – eine Freiheit, welche nicht missbraucht wird. Dies geht auch aus den Kriminalstatistiken hervor, die aufzeigen, dass in der Schweiz praktisch keine Verbrechen mit legal erworbenen Waffen begangen wurden.

Den Waffenbesitz in Frage stellen heisst deshalb nichts anderes, als die Freiheit der Schweizer Bürger in Frage stellen. Denn überall dort wo die Freiheit, Waffen zu kaufen und zu besitzen zurückgedrängt worden ist, sind auch die Freiheitsrechte zurückgedrängt worden. Ohne Gewehr ist der Bürger nicht mehr als ein wehrloses, steuerpflichtiges Objekt.

Missachtung des Volkswillens

Unsere Freiheitsrechte wurden leider bereits durch die Revision des Militärgesetzes im Dezember 2008 massiv beschränkt. Sie wurden weiter eingeengt durch die zusätzlichen Verschärfungen, die im Juli dieses Jahres in Kraft traten, als auf Umwegen und heimtückisch ein nationales Waffenregister eingeführt wurde, obwohl genau dies vom Volk im Jahre 2011 klar verworfen wurde.

Man muss es deutsch und deutlich sagen: In den Brüsseler Tintenburgen und den Amtsstuben von Bundesrätin Sommaruga residieren Bürokraten, die diesen freiheitsbedrohenden Prozess weiter beschleunigen wollen. In dieser Frage – wie in so vielen anderen – dominiert in Bern leider die EU-Hörigkeit. Denn von dort, aus Brüssel kommt die Bedrohung für unsere Freiheitsrechte.

Terrorattacken als Vorwand

Effektiv hat die EU die Attentate der jüngsten Zeit – insbesondere in Frankreich – zum Anlass genommen, um ein längst vorbereitetes Projekt aus der Schublade zu ziehen: die Revision der Direktive 91/477 zum Erwerb und Besitz von Waffen.
Was harmlos klingt, hat massive Konsequenzen. Ein Zug hat sich in Bewegung gesetzt und es ist zurzeit nicht klar, wer ihn stoppen könnte. Mit Sicherheit nicht Bundesrätin Sommaruga, hat sie doch auf eine Anfrage von mir klar zu verstehen gegeben, dass sie nicht die Absicht habe, in Brüssel die aktuelle Schweizer Position zu verteidigen. Seien wir also vorgewarnt: Unsere so genannten Vertreter in Brüssel werden unsere Position dort nicht verteidigen!

Ungeachtet aller Aktivitis von Seiten der EU weiss jedermann, dass die jüngsten Terroranschläge ausnahmslos mit illegal erworbenen Waffen verübt wurden. Weil sich die von Seiten der EU geplanten Verschärfungen des Waffenrechts aber ausschliesslich gegen rechtschaffene Waffenbesitzer richten, die ihre Waffen deklariert haben, wird offensichtlich, dass sich diese Verschärfungen nicht gegen Terroristen richten, welche im Namen des Islam unsere Zivilisation zerstören wollen. Anstatt Terroristen zu bekämpfen, die unsere Gesetze verhöhnen, richten sich die Bestrebungen der EU in Tat und Wahrheit nämlich gegen uns, gegen anständige Bürger, die ihre Waffen deklariert haben.

Referendum als letzter Ausweg

Aufgrund des fehlenden, ernsthaften Widerstandes ist davon auszugehen, dass die EU-Direktive am 22. November vom EU-Parlament ohne grössere Anpassungen angenommen werden dürfte.

Die Konsequenzen: Gebunden durch den Schengen-Vertrag wird die Schweiz verpflichtet sein, innerhalb von zwei Jahren die eigene Waffengesetzgebung entsprechend anpassen zu müssen. Und da sich das aktuelle Parlament mehr darüber zu sorgen scheint, die EU ja nicht zu verärgern, als die Schweizer Freiheitsrechte zu verteidigen,

Ende des Artikels auf Seite 4

[1] Machiavelli, Il Principe, 12,97.

Inhaltsverzeichnis
Table des matières
Indice

Zu den Waffen, Bürger!	1
Interview mit Werner Salzmann	1
Alle armi, cittadini!	2
Intervista con Werner Salzmann	2
Aux armes, citoyens !	3
Interview avec Werner Salzmann	3
Bundesrat Parmelin in Schaffhausen	4
Randbemerkung	4
Bonny-Stiftung ehrt Suzette Sandoz	5
Analyse zum Bericht Dienstpflichtsystem	5
Sezione della Svizzera italiana	6
Buchempfehlungen	7
Kommentar zur Debatte über die Wehrhaftigkeit und Rolle der Schweizer Armee	8
Impressum	8
Werden Sie Mitglied! / Devenez membre! / Diventate soci!	8

Werner Salzmann:
«Wir wollen keine weiteren Verschärfungen des Waffenrechts!»

Nationalrat Werner Salzmann (SVP/BE) ist auch Präsident des Berner Schiesssportverbands. Im Interview äussert er sich zu seiner Motion 16.3719 – «Wir lassen uns nicht durch die EU entwaffnen!»

Sehr geehrter Herr Nationalrat, warum haben Sie am 28. September 2016 eine Motion gegen die Verschärfung des EU-Waffenrechts eingereicht?
Bundesrätin Sommaruga liess nach einem zweitägigen Besuch in Brüssel am 10. Juni 2016 als Erfolgsmeldung verlauten, dass das Behalten des Sturmgewehrs in der Schweiz weiterhin möglich sein werde. Das ist leider nur die halbe Wahrheit. Zudem ist gemäss der Antwort des Bundesrates auf meine Anfrage 16.5310 Bundesrätin Sommaruga nicht gewillt, sich gegen die Waffenrechtsverschärfung zu wehren.
Daher sah ich mich gezwungen, mit Hilfe des Parlaments mittels einer Motion dem Bundesrat einen klaren Auftrag zu erteilen. Meine Motion 16.3719 wird von 101 Nationalrätinnen und Nationalräten unterstützt und sollte damit die gewünschte Wirkung erzielen.

Welche Schritte sind Ihrer Ansicht nach erforderlich, dass die Schweiz dieser EU-Verschärfung trotzdem zustimmen kann?
Wir wollen keine weiteren Verschärfungen des Waffenrechts! Optimal wäre es, wenn die Waffenrichtlinien aus dem Schengenabkommen ausgeklammert würden. Da dies aber nicht wahrscheinlich ist, verlangen wir, dass die Sportschützen sich nicht der völlig unnötigen «umfassenden medizinischen und psychologische Beurteilung der Zuverlässigkeit» stellen müssen; nicht den ebenso unnötigen Schiessnachweis erbringen müssen; keinem Vereinszwang unterliegen.

Für wie realistisch halten Sie es, dass dieses neue Waffenrecht in der aktuellen Form noch verhindert werden kann?
Ich halte es für sehr realistisch, dass wir dies verhindern können, da sich auch andere Staaten (Osteuropäer und Skandinavier) gegen die geplante Verschärfung wehren. Aus diesem Grund habe ich den Motionsauftrag an den Bundesrat auch entsprechend formuliert, dass er mit den genannten Staaten gemeinsam gegen die Waffengesetzverschärfung vorgehen soll.

Falls das neue EU-Waffenrecht in der aktuellen Form doch Tatsache würde, müsste die Schweiz Ihrer Ansicht nach dann den Schengenvertrag kündigen?
Sollte das neue Waffenrecht Tatsache werden, sehe ich leider keine andere Möglichkeit, als den Schengenvertrag zu kündigen. Die Schützen haben das Referendum gegen eine allfällige Verschärfung bereits angekündigt. Da das Schengenabkommen mit dem Dublinabkommen gekoppelt ist, wären die Auswirkungen gravierend. Ich möchte nicht, dass es so weit kommt und das Parlament und der Bundesrat wohl auch nicht. Aus diesem Grund wurde mein Vorstoss auch so breit unterstützt. Der Bundesrat hat es jetzt in der Hand.

Interview: Red.

Alle armi, cittadini!

«Stettono Roma e Sparta molti secoli armate e libere. E' Svizzeri sono armatissimi e liberissimi.»[1]

Jean-Luc Addor

Toccare le libertà in materia di armi significa anche toccare le libertà degli Svizzeri, poiché laddove la libertà di acquistare e detenere ami è regredita, sono regredite anche le libertà pubbliche.

Senza essere l'equivalente del Secondo emendamento della Costituzione americana, il diritto svizzero in materia di armi disciplina soltanto l'uso abusivo. Fatta questa riserva, certamente sempre più vincolante, per i cittadini svizzeri la detenzione di armi, più che una tradizione, è un diritto, sia che ciò avvenga per scopi di collezionismo sia per la pratica del tiro. Ecco il punto di partenza di qualunque riflessione sulla nostra legislazione in materia di armi e sulla sua prevedibile evoluzione.

Se questo diritto è solidamente ancorato nelle nostre tradizioni, è perché esiste un fortissimo legame tra la tematica delle armi e l'indipendenza e la sovranità del nostro Paese, attraverso la figura del cittadino–soldato. A questo proposito, già Macchiavelli scriveva «Stettono Roma e Sparta molti secoli armate e libere. E' Svizzeri sono armatissimi e liberissimi.». Compromettere le libertà in materia di armi significa dunque compromettere la libertà del nostro Paese.

Quanto rimane di liberale nel nostro diritto in materia di armi si spiega anche con un legame altrettanto forte tra questa tematica e quella delle libertà dei cittadini liberi di fronte allo Stato. L'arma d'ordinanza che i nostri soldati custodiscono al domicilio durante il periodo del loro servizio e che sono anche autorizzati a conservare dopo il loro proscioglimento, è il segno, unico al mondo, della fiducia, altrettanto unica, che da noi regna tra lo Stato e i cittadini. Altrettanto dicasi della fiducia che, fatti salvi i controlli necessari, lascia ai cittadini onesti di questo Paese, nell'acquisto e nella detenzione di armi, una libertà di cui non abusano (il tasso di criminalità connesso all'abuso di armi legali è estremamente basso).

Toccare le libertà in materia di armi significa anche toccare le libertà degli Svizzeri, poiché laddove la libertà di acquistare e detenere ami è regredita, sono regredite anche le libertà pubbliche. Senza fucile, il cittadino non è più che un semplice contribuente.

Evoluzione liberticida

Le libertà degli Svizzeri sono già notevolmente regredite in seguito alla revisione della legge sulle armi entrata in vigore nel dicembre 2008. Una regressione supplementare si è avuta con l'entrata in vigore, all'inizio di luglio 2016, delle nuove disposizioni che, tra l'altro, hanno introdotto il registro federale delle armi che il popolo aveva tuttavia chiaramente rifiutato nel 2011.

Occorre dire che a Bruxelles e nel dipartimento della signora Sommaruga, alcune persone sono attive per accelerare ulteriormente questa evoluzione liberticida. In questo campo, come in altri, a Berna prevale la sottomissione all'UE. In questo caso, è proprio da lì che viene il pericolo per le nostre libertà.

Il pretesto: i recenti attentati

In effetti, prendendo come pretesto i recenti attentati che hanno insanguinato in particolare la Francia, l'UE ha tolto dal cassetto un progetto di revisione della direttiva europea 91/477 relativa al controllo dell'acquisto e della detenzione di armi. Questa volta, il treno è in movimento e non si vede bene che cosa potrebbe fermarlo.
In ogni caso si sa che non sarà la signora Sommaruga: in risposta a una mia interrogazione, ha chiaramente lasciato intendere che a Bruxelles, non difenderà l'attuale posizione svizzera. Eccoci avvisati: i nostri «rappresentanti» a Bruxelles non ci difenderanno!

Tuttavia, tutti sanno che gli attentati in questione sono stati commessi, senza eccezioni, da detentori di armi illegali. Poiché sono destinate unicamente agli onesti cittadini detentori di armi dichiarate, le misure che l'UE ci sta preparando non avranno quindi assolutamente alcun effetto su coloro che, in nome dell'islam, vogliono distruggere la nostra civiltà. Invece di colpire i terroristi, che del resto se ne fregano delle nostre leggi, minacceranno in definitiva soltanto noi, onesti cittadini che dichiariamo le nostre armi.

Ultima ratio: il referendum

In mancanza di una seria resistenza, il progetto in discussione sarà molto probabilmente adottato senza sostanziali modifiche dal Parlamento europeo il 22 novembre 2016.

Il seguito? Vincolata dall'accordo di Schengen, la Svizzera sarà obbligata, entro due anni, a modificare di conseguenza la sua legislazione sulle armi. Poiché il Parlamento attuale sembra più preoccupato di evitare di non piacere all'UE che di difendere le libertà degli Svizzeri, non vi sono dubbi che, come ultima ratio, non cui resterà più che un'arma: il referendum.

Presupposti pazzi e pericolosi

Perché il progetto in discussione a Bruxelles è tanto pericoloso e perché noi dobbiamo mobilitarci già sin d'ora? Ecco un piccolo campionario delle misure con le quali l'UE ci minaccia:

- registrazione di tutte le armi da fuoco nei registri nazionali, i cui dati potranno quindi essere scambiati tra gli Stati membri
- possibilità di subordinare il rilascio o il rinnovo di tutte le autorizzazioni (per tutte le armi!) a un esame medico, e anche psicologico
- limitazione estrema del diritto di detenere armi semiautomatiche a una cerchia di tiratori sportivi in grado di comprovare ogni cinque anni una pratica e una partecipazione regolare a competizioni nonché una valutazione medica e psicologica completa
- divieto dei caricatori di oltre 20 colpi per le armi da pugno e di 10 colpi per le armi lunghe (ciò che colpirà in pieno le armi personali custodite per adempiere l'obbligo di prestare servizio militare!)
- confisca senza indennizzo di tutte le armi che risultano proibite in conseguenza della nuova legislazione.

Jean-Luc Addor, consigliere nazionale (UDC/VS) è Vicepresidente di proTELL.

In due parole, i tiratori e i collezionisti saranno considerati alla stregua di pazzi pericolosi e sarà la fine dell'arma custodita al domicilio dopo il proscioglimento all'obbligo di prestare servizio militare, ossia la fine di una tradizione del nostro esercito di milizia.

Libertà minacciata

I difensori delle nostre libertà hanno già messo le carte in tavola: come la Federazione sportiva svizzera di tiro, proTELL combatterà ogni ulteriore restrizione del nostro diritto in materia di armi con un referendum, poiché quando le libertà dei cittadini sono minacciate, essi hanno sempre ancora a disposizione un'arma: la loro scheda di voto. Coloro che a Berna sono pronti a cedere sono avvisati!

In previsione, proTELL sta costituendo un gruppo di deputati favorevoli a un diritto liberale in materia di armi che nel Parlamento federale condurrà la lotta per le nostre libertà. Per questo scopo, ha l'ambizione di assicurarsi il sostegno e la collaborazione di tutte le federazioni interessate di tiratori, collezionisti e cacciatori.

Pronti a dare battaglia

I commissari di Bruxelles, la signora Sommaruga e i funzionari del suo dipartimento devono saperlo: l'anno prossimo, quando giungerà l'ora della lotta, noi saremo pronti e difenderemo a ogni costo le nostre libertà ancestrali!

[1] Machiavelli, Il Principe, 12,97.

Werner Salzmann: «Non vogliamo un ulteriore inasprimento della legislazione sulle armi!»

Il consigliere nazionale Werner Salzmann (UDC/BE) è anche presidente della federazione bernese di tiro sportivo. Nell'intervista si esprime in merito alla sua mozione 16.3719 – «Non lasciamoci disarmare dall'UE!»

Signor consigliere nazionale, perché il 28 settembre 2016 ha presentato una mozione contro l'inasprimento della legislazione sulle armi voluto dall'UE?

Il 10 giugno 2016, dopo una visita di due giorni a Bruxelles, la consigliera federale Sommaruga ha presentato come un successo il fatto che in Svizzera sarà ancora possibile tenere il fucile d'assalto. Purtroppo è soltanto una mezza verità. Inoltre, secondo la risposta del Consiglio federale alla mia interrogazione 16.5310, la consigliera federale Sommaruga non ha l'intenzione di opporsi all'inasprimento della legislazione sulle armi.
Di conseguenza, mi sono visto costretto ad assegnare, con l'aiuto del Parlamento e mediante una mozione, un chiaro mandato al Consiglio federale. La mia mozione 16.3719 è sostenuta da 101 consigliere e consiglieri nazionali e dovrebbe quindi raggiungere l'effetto auspicato.

Werner Salzmann, consigliere nazionale (UDC/BE)

Secondo lei, quali passi sono necessari affinché la Svizzera possa comunque accettare l'inasprimento voluto dall'UE?

Non vogliamo alcun ulteriore inasprimento della legislazione sulle armi! La soluzione ottimale sarebbe stralciare le direttive in materia di armi dall'Accordo di Schengen. Poiché ciò è improbabile, chiediamo che i tiratori sportivi

- non debbano sottoporsi alla totalmente inutile valutazione medica e psicologica approfondita della loro affidabilità;
- non debbano fornire l'altrettanto inutile documento attestante le loro attività di tiro;
- non debbano avere l'obbligo di aderire a una società.

Quanto le sembra realistico che la nuova legislazione sulle armi nella sua forma attuale possa ancora essere bloccata?

Ritengo molto realistico che si possa bloccare la legislazione in questione, poiché anche altri Stati (Europa dell'Est e Scandinavia) si oppongono al previsto inasprimento. Per questo motivo, la mia mozione incarica quindi il Consiglio federale di agire, unitamente agli Stati in questione, contro l'inasprimento della legislazione sulle armi voluto dall'UE.

Se la nuova legislazione UE sulle armi dovesse entrare in vigore nella sua forma attuale, lei ritiene che la Svizzera dovrebbe denunciare l'Accordo di Schengen?

Se la nuova legislazione dovesse entrare in vigore, non vedo altra possibilità se non denunciare l'Accordo di Schengen. I tiratori hanno già annunciato il lancio del referendum nel caso di un eventuale inasprimento della legislazione. Poiché l'Accordo di Schengen è connesso all'Accordo di Dublino, le ripercussioni sarebbero gravi. Non auspico che si giunga a tal punto, così come non lo auspicano né il Parlamento né il Consiglio federale. È anche il motivo per il quale la mia mozione gode di così ampio sostegno. Ora la palla è nel campo del Consiglio federale.

Intervista: red.

Aux armes, citoyens!

«Rome et Sparte furent longtemps en armes et en liberté. Les Suisses sont très armés et très libres».[1]

Jean-Luc Addor

Toucher aux armes, c'est aussi toucher aux libertés des Suisses. Car partout où la liberté d'acquérir et de détenir des armes a reculé, les libertés publiques ont reculé d'autant.

Sans équivalent au Deuxième Amendement de la Constitution américaine, le droit suisse sur les armes ne règle que l'usage abusif. Sous cette réserve, certes de plus en plus contraignante, la détention d'armes, pour les citoyens suisses, plus encore qu'une tradition, est un droit, que ce soit à des fins de collection ou pour la pratique du tir. Voilà le point de départ de toute réflexion sur notre législation sur les armes et sur son évolution prévisible.

Si ce droit est solidement ancré dans nos traditions, c'est qu'il existe un lien très fort entre la problématique des armes et l'indépendance et la souveraineté de notre pays, à travers la figure du citoyen-soldat. Machiavel écrivait déjà à ce propos: « Rome et Sparte furent longtemps en armes et en liberté. Les Suisses sont très armés et très libres ». Toucher aux armes, c'est donc toucher à la liberté de notre pays.

Ce qui reste de libéral dans notre droit sur les armes s'explique aussi par un lien tout aussi fort entre cette problématique et celle des libertés des citoyens libres face à l'Etat. L'arme d'ordonnance que nos soldats conservent à la maison durant leur temps de service et qu'ils sont même autorisés à garder au-delà de leur libération, c'est la marque unique au monde de la confiance tout aussi unique qui règne chez nous entre l'Etat et les citoyens. Il en va de même de la confiance qui, sous réserve de contrôles nécessaires, laisse aux honnêtes citoyens de ce pays, dans l'acquisition et la détention d'armes, une liberté dont ils n'abusent pas (le taux de la criminalité liée à l'abus d'armes légales étant extrêmement bas).

Toucher aux armes, c'est donc aussi toucher aux libertés des Suisses. Car partout où la liberté d'acquérir et de détenir des armes a reculé, les libertés publiques ont reculé d'autant. Sans fusil, le citoyen n'est plus guère qu'un contribuable.

[1] Machiavelli, Il Principe, 12,97.

Processus liberticide

Les libertés des Suisses ont déjà notablement reculé depuis la révision de la loi sur les armes entrée en vigueur en décembre 2008. Elles ont marqué un recul supplémentaire depuis l'entrée en vigueur, au début juillet 2016, de dispositions nouvelles qui, entre autres, ont introduit par la bande le registre fédéral des armes que le peuple a pourtant clairement refusé en 2011.

Il faut dire qu'à Bruxelles et dans les services de Mme Sommaruga, des gens s'activent pour accélérer encore ce processus liberticide. Dans ce domaine comme dans les autres, ce qui prévaut, à Berne, c'est la soumission à l'UE. Car en l'état, c'est bien de là que vient le danger pour nos libertés.

Prétexte : les attentats récents

En effet, prenant le prétexte de récents attentats qui ont ensanglanté la France surtout, l'UE a ressorti des tiroirs un projet de révision de la directive européenne 91/477 relative au contrôle de l'acquisition et de la détention d'armes. Cette fois-ci, le train est en marche et on ne voit pas très bien ce qui pourrait l'arrêter.

On sait en tout cas que ce n'est pas Mme Sommaruga: en réponse à une question de ma part, celle-ci a en effet clairement laissé entendre qu'à Bruxelles, elle ne défendra pas la position suisse actuelle. Nous voilà ainsi prévenus: nos «représentants» à Bruxelles ne nous défendrons pas!

Pourtant, chacun sait que ces attentats, sans exception, ont tous été commis par des détenteurs d'armes illégales. Visant uniquement les honnêtes citoyens détenteurs d'armes déclarées, les mesures que l'UE nous prépare auront donc un effet absolument nul sur ceux qui, au nom de l'islam, veulent détruire notre civilisation. Au lieu de terroristes qui, de toute manière, se moquent de nos lois, elles ne menaceront finalement que nous, honnêtes citoyens qui déclarons nos armes.

Ultima ratio : le referendum

Faute de résistance sérieuse, le projet en discussion sera très vraisemblablement adopté sans modifications majeures par le Parlement européen le 22 novembre.

La suite? Liée par l'accord de Schengen, la Suisse sera obligée, dans les deux ans, de modifier en conséquence sa législation sur les armes. Et comme le Parlement actuel semble plus préoccupé d'éviter de déplaire à l'UE que de défendre les libertés des Suisses, nul doute qu'il ne nous restera plus qu'une arme comme ultime recours: le référendum.

Présumés fous et dangereux

Pourquoi le projet en discussion à Bruxelles est-il si dangereux et pourquoi devons-nous nous mobiliser d'ores et déjà ? Voici un petit échantillon des mesures dont l'UE nous menace:

- enregistrement de toutes les armes à feu dans des registres nationaux donc les données pourront être échangées entre Etats membres
- possibilité de soumettre l'octroi ou le renouvellement de toutes les autorisations (pour toutes les armes!) à un examen médical, y compris psychologique
- limitation extrême du droit de détenir des armes semi-automatiques à un cercle de tireurs sportifs en mesure d'attester tous les 5 ans d'une pratique et d'une participation régulières à des compétitions et d'une évaluation médicale et psychologique complète
- interdiction des chargeurs de plus de 20 coups pour les armes de poing et de 10 coups pour les armes longues (ce qui frappera de plein fouet les armes personnelles conservées au terme des obligations militaires!)
- confiscation sans indemnisation de toutes les armes désormais interdites

En deux mots, les tireurs et collectionneurs seront présumés fous et dangereux et c'en sera fini de l'arme personnelle à la maison pour les soldats libérés de leurs obligations militaires, donc de tout un pan de notre armée de milice.

Liberté menacé

Les défenseurs de nos libertés ont déjà annoncé la couleur: tout comme la Fédération sportive suisse de tir, proTELL combattra tout nouveau durcissement de notre droit sur les armes par un référendum. Car lorsque les libertés des citoyens sont menacées, ceux-ci gardent toujours une arme: leur bulletin de vote. Que ceux qui, à Berne, sont prêts à céder se le tiennent pour dit!

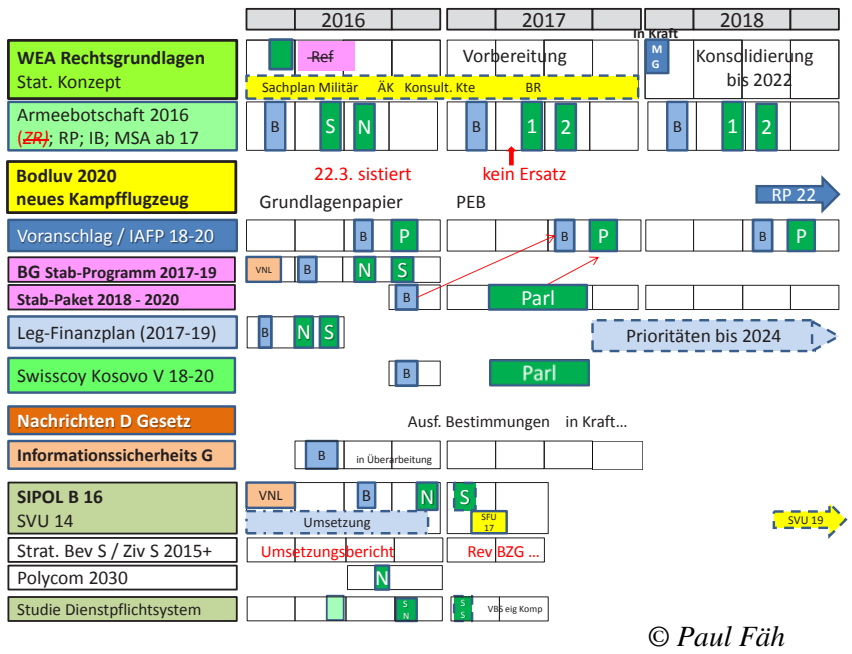
En amont, proTELL est en train de constituer un groupe d'élus attachés à un droit libéral sur les armes, qui mènera au Parlement fédéral le combat pour nos libertés. Elle a pour cela l'ambition de s'assurer du soutien et de la collaboration de toutes les fédérations concernées de tireurs, de collectionneurs et de chasseurs.

Prêt pour le combat

Les commissaires de Bruxelles, Mme Sommaruga et les fonctionnaires de son département doivent le savoir: l'an prochain, quand viendra l'heure du combat, nous serons prêts et nous défendrons chèrement nos libertés ancestrales!

Jean-Luc Addor, Conseiller national (UDC/VS) est Vice-président de proTELL.

Sicherheitspolitische Agenda



© *Paul Fäh*

Werner Salzmann: «Pas nouveau durcissement de la législation sur les armes !»

Le conseiller national Werner Salzmann (UDC/BE) est président de la section bernoise de la Fédération sportive suisse de tir. Il s'exprime sur sa motion – « Nous ne nous laisserons pas désarmer par l'UE ! »

Monsieur le conseiller national, pourquoi avez-vous déposé le 28 septembre 2016 une motion (16'3719) s'opposant au durcissement du droit européen sur les armes ?

De retour d'une visite de deux jours à Bruxelles, la conseillère fédérale Sommaruga a affirmé avec aplomb le 10 juin 2016 que le droit des soldats suisses de garder leur arme personnelle à domicile serait également garanti à l'avenir. Cette affirmation n'est hélas qu'une demi-vérité. De fait, et selon la réponse apportée par le Conseil fédéral à ma question, Madame la conseillère fédérale Sommaruga n'a pas l'intention de s'opposer au durcissement de la législation sur les armes. Je n'avais dès lors d'autre solution que de déposer, avec l'aide du Parlement, une motion obligeant le Conseil fédéral à répondre de façon précise. Ma motion a été appuyée par 101 conseillères et conseillers nationaux et devrait ainsi avoir l'effet escompté.

Quelles démarches sont-elles à votre avis nécessaires pour que la Suisse puisse malgré tout accepter ce durcissement de l'UE ?

Nous ne voulons pas d'un nouveau durcissement du droit sur les armes! L'idéal serait que les directives sur les armes contenues dans les accords de Schengen soient mises entre parenthèse. Comme cela est peu vraisemblable, nous demandons que les tireurs sportifs.

1. Ne soient pas soumis à une inutile « appréciation détaillée des aptitudes médicales et psychologiques »;

2. Ne soient non plus pas astreints à répondre aux critères d'un inutile « diplôme de tireur » ;

3. Ne soient pas obligés de faire partie d'une société de tir.

Comment selon vous peut-on sérieusement encore imaginer pouvoir empêcher cette nouvelle législation sur les armes ?

Il est à mes yeux réaliste d'imaginer pouvoir l'empêcher car d'autres Etats, en particulier en Europe de l'est et en Scandinavie, s'opposent comme nous au durcissement planifié. C'est aussi pour cette raison que j'ai indiqué au Conseil fédéral dans ma motion la possibilité d'œuvrer ensemble avec ces Etats contre le durcissement de la législation sur les armes.

La Suisse devrait-elle dénoncer l'accord de Schengen au cas où la nouvelle législation européenne devait entrer en vigueur sous sa forme actuelle ?

Il faut admettre qu'en cas d'adoption d'une nouvelle législation sur les armes, la seule option restante serait de dénoncer le traité de Schengen. Les Tireurs ont déjà annoncé vouloir lancer un referendum dans le cas d'un éventuel durcissement de la loi. Le traité de Schengen étant couplé avec l'accord de Dublin, les conséquences d'une telle situation seraient graves. Je ne souhaite pas en arriver là et le Parlement comme le Conseil fédéral non plus. C'est aussi pour cette raison que ma motion a obtenu un tel soutien. C'est maintenant au Conseil fédéral d'agir.

Interview: rédaction

Bundesrat Guy Parmelin besucht das Museum im Zeughaus Schaffhausen

«Bereit sein»: Armee von Morgen mit Herzblut umsetzen. Bundesrat Guy Parmelin bestätigte sein grosses Interesse für das Museum im Zeughaus Schaffhausen (MiZ) und vor allem für die Ausstellung «Mobilmachung» mit seinem Besuch vom 1. Oktober 2016.

Damit war er, nur gut fünf Wochen nach dem Besuch von Finanzminister Ueli Maurer am 25. August 2016, bereits der zweite Bundesrat, der dem MiZ in diesem Jahr die Ehre erwies. Der Besuch fand anlässlich des letzten offiziellen Museumstages dieses Jahres unter dem Motto «Begegnung mit Bundesrat Guy Parmelin» statt.

Nach dem Eintreffen des hohen Gastes und einer kurzen Begrüssung durch Vertreter der Regierungen von Stadt und Kanton Schaffhausen sowie des MiZ führte Martin Huber, Stiftungsratspräsident des MiZ, durch die Ausstellungen «Mobilmachung» und «Motorisierung der Schweizer Armee». Schnell ergaben sich in entspannter Atmosphäre interessante Gespräche zwischen den am Rundgang teilnehmenden offiziellen Gästen und Guy Parmelin. Dieser zeigte sich von den Ausstellungen sehr beeindruckt.

Die Stadtmusik Harmonie Schaffhausen eröffnete den offiziellen und öffentlichen Teil. Regierungsrat Christian Amsler und Stadtrat Dr. Raphael Rohner, beide in fliessendem Französisch, hiessen den Chef des VBS willkommen und kamen u.a. natürlich auch auf den guten Schaffhauser Wein zu sprechen, den sie dann dem hohen Gast als Geschenke überreichten. Martin Huber begrüsste Guy Parmelin und alle Besucherinnen und Besucher. Er gab der tiefen Betroffenheit über den in dieser Woche erfolgten Absturz eines Super Puma und den Tod der beiden Piloten Ausdruck und dankte Guy Parmelin, dass er trotz dieses traurigen Ereignisses das MiZ und Schaffhausen besuche.

Die rund 250 Besucherinnen und Besucher zeigten sich begeistert von der eindrücklichen Begegnung mit dem Chef VBS.

Bundesrat Parmelin beantwortet die Fragen der Medienvertreter nach den tragischen Unfällen in der Luftwaffe mit grosser Offenheit.

Bereit sein!

Einleitend zu seinem Referat betonte Bundesrat Parmelin wie nahe Freude und Leid oft seien. Der Verlust von drei Piloten in so kurzer Zeit sei sehr schmerzlich und die Gedanken seien bei deren Familien und Freunden. Doch das Leben gehe weiter und deshalb habe er beschlossen, die Freunde nördlich des Rheins – noch knapp in der Schweiz – trotzdem zu besuchen. Seine Rede stellte er unter das Motto «Bereit sein!» «Bereit sein», um unser Land und unsere Bevölkerung zu schützen. Für den Chef VBS stehe diese Aufgabe im Mittelpunkt. Die heutigen Bedrohungen seien vielschichtig und komplex. Treten mehrere Ereignisse gleichzeitig ein, so entstünden unvorhersehbare, schwierige Situationen. Somit müsse man auch bereit sein, um eine Krise oder einen Schock «einstecken und akzeptieren» zu können, dem nächsten Schlag zu widerstehen und mit dem Wiederaufbau zu beginnen.

«Bereit sein» heisst aber nicht einfach abzuwarten, sondern eine situative Haltung und Flexibilität zu wahren. Voraussehen, vorbeugen, schützen, eingreifen und wiederherstellen sind die Elemente dazu. «Bereit sein» erfordert Wissen, Willen und Können, und das nicht nur von den regierenden Verantwortlichen, sondern von jedem Einzelnen. Darüber müssen wir wieder vermehrt informieren und dabei hob er den didaktischen Charakter der Ausstellungen des MiZ hervor. In der anschliessenden Fragerunde zeigte Guy Parmelin in überzeugender Weise, dass er die grossen Herausforderungen seines Departementes mit einer tiefen Überzeugung und den guten Mitarbeitenden anpacken und von Volk, Parlament und Bundesrat beschlossene Vorlagen zielgerichtet und mit Herzblut umsetzen will.

Beim anschliessenden von der Stadt Schaffhausen und dem MiZ offerierten Apéro bot sich den Besucherinnen und Besuchern die Gelegenheit, mit dem hohen Magistraten ins Gespräch zu kommen. Sie wurde zahlreich genutzt. Frauen und Männer unterschiedlichen Alters, Armee Veteranen aber auch ein am Vortag brevetierter Obergefreiter tauschten sich in ungezwungenem Rahmen mit Guy Parmelin aus.

Text und Fotos: Richard Sommer, Museum im Zeughaus Schaffhausen

Fortsetzung von Seite 1

wird uns letztlich vermutlich nur ein Mittel bleiben, um dies zu verhindern: ein Referendum.

Böswillige Unterstellungen

Doch warum ist dieses Brüsseler Bürokratenprojekt dermassen gefährlich, dass wir schon jetzt dagegen Sturm laufen müssen? Hier ein paar Müsterchen, womit uns die EU bedroht.

- Registrierung sämtlicher Waffen in nationalen Waffenregistern, damit die Daten unter den Schengenstaaten jederzeit austauschbar sind.
- Möglichkeit, jede einzelne Bewilligung oder Erneuerung eines Waffenerwerbs für sämtliche Waffen von einer medizinischen und/oder psychologischen Untersuchung abhängig zu machen.
- Massive Begrenzung des Besitzes halbautomatischer Waffen auf einen kleinen Kreis von Sportschützen, die alle fünf Jahre ihre Schiessfähigkeit beweisen und ihre regelmässige Teilnahme an Schiessveranstaltungen nachweisen müssen. Zudem müssten sich diese Schützen neu regelmässig einer umfassenden medizinischen und psychologischen Untersuchung unterziehen.
- Verbot von Magazinen mit mehr als 20 Schuss für Faustfeuerwaffen respektive 10 Schuss für Langwaffen (was die Heimaufbewahrung von Sturmgewehren im Rahmen der Wehrpflicht verunmöglichen würde).
- Enteignung ohne Entschädigung aller in Zukunft verbotenen Waffen.

Kurz und schlecht: Schützen und Waffensammler werden durch die geplanten Massnahmen von vornherein als gefährliche Personen, ja als potenziell Verrückte eingestuft. Wer als Soldat seine Dienstpflicht erfüllt hätte, dürfte damit seine persönliche Waffe faktisch nicht mehr zu Hause aufbewahren – ein schwerer Schlag für unsere Tradition der Milizarmee.

Bedrohte Freiheit

Der Schweizer Schiesssportverband und proTell als Verteidiger unserer Freiheiten haben bereits bekanntgeben, dass sie jegliche weitere Verschärfung unseres Waffenrechts mittels Referendum bekämpfen werden, sofern dies notwendig sein sollte. Sind nämlich die Freiheitsrechte der Bürger bedroht, so bleibt uns nur noch eine Waffe – unser Stimmrecht: Die Classe politique in Bern soll sich dies hinter die Ohren schreiben!

Zunächst wird aber proTELL mit einer Gruppe von Parlamentariern, die sich für ein freiheitlicheres Waffenrecht einsetzen, den Kampf für unsere Freiheiten bereits im Bundesparlament führen. Zu diesem Zwecke sucht proTELL die Unterstützung aller betroffenen Verbände, Schiessvereine, Waffensammler und Jäger.

Zum Kampf bereit

Die Brüsseler Kommissare, Bunderätin Sommaruga und die Funktionäre ihres Departementes sollen sich warm anziehen: Wenn die Stunde der Entscheidung im nächsten Jahr naht, werden wir bereit sein und unsere wohlerworbenen Freiheitsrechte mit aller Kraft verteidigen!

Jean-Luc Addor ist Nationalrat (SVP/VS) und Vizepräsident von proTELL.

Randbemerkung

Zivildienst und Rechtstaatlichkeit

Der Bericht der Studiengruppe zur Überprüfung des Dienstpflichtsystems liegt vor. Aus meiner Sicht wird den Rechtsgrundlagen zu wenig Beachtung geschenkt: Gemäss Art.18, Absatz 1 der Bundesverfassung ist jeder Schweizer wehrpflichtig. Laut Art.1 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst ist zum zivilen Ersatzdienst zugelassen, wer den Militärdienst *mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann*.

Nachdem man inzwischen auf die Gewissensprüfung verzichtet, geschieht der Übertritt in den Zivildienst nach dem Je-ka-mi-Prinzip. Auch der sogenannte Tatbeweis mit der verlängerten Dienstpflicht der Zivildiener ist faktisch nicht mehr wirksam. Die Leistungen vieler Wehrpflichtigen mit einem 12-Stunden-Tag in Schnee und Regen werden durch die verlängerte Dienstzeit eines Zivildienstleistenden mit seinem 8-Stundentag in geheizten Räumen nie und nimmer aufgewogen.

Der Zivildienst wird missbraucht. So soll ein Fourier sich nach seiner Ausbildung zum Zivildienst gemeldet haben. Kernfrage: Wo kommt sein Gewissen bei der Führung der Truppenbuchhaltung in Not? Der Grund ist ein anderer. Mit der Ausbildung zum Fourier hatte der Antragsteller genügend Diensttage und konnte ohne Zusatzdienste in den Zivildienst wechseln. Er ersparte sich dabei die zusätzlichen Dienste der Wiederholungskurse. Das ist purer Missbrauch und wird leider offiziell geduldet. Aus meiner Sicht muss die Parlamentarische Initiative von a. Nationalrat Edi Engelberger im Wortlaut umgesetzt werden, um diesem Je-ka-mi endlich den Riegel zu schieben: *Wer Zivildienst leisten will, muss seinen Antrag vor der Rekrutenschule einreichen.*

Es ist in der Tat unverständlich, warum die Gewissenkonflikte erst später eintreten sollten. Die heutige Praxis stellt langfristig die Sicherheit unseres Landes in Frage und ist eines Rechtstaates unwürdig!

Argus.

Bonny-Stiftung ehrt Suzette Sandoz

Preisträgerin 2016 der «Bonny-Stiftung für die Freiheit» ist die ehemalige Nationalrätin und Rechtsprofessorin Suzette Sandoz, eine kämpferische Liberal-konservative aus dem Waadtland.

2013 errichtete Jean-Pierre Bonny die nach ihm benannte Stiftung mit einem Kapital von 10 Millionen Franken. Die parteipolitisch neutrale Stiftung bezweckt, die freiheitlichen und liberalen Werte und das Unternehmertum zu fördern, namentlich die persönliche, souveräne und wirtschaftliche Freiheit gepaart mit Selbstverantwortung. Sie vergibt jährlich einen mit maximal 100‘000 Franken dotierten «Preis für die Freiheit» und unterstützt Vorhaben, welche die Quantität staatlicher Regulierungen senken und deren Qualität erhöhen.
Erster Preisträger waren 2013 der Wirtschaftspublizist Beat Kappeler sowie 2014 der Tessiner Journalist Moreno Bernasconi und Andreas Thiel. 2015 war es der Wirtschaftswissenschafter Silvio Borner. Erstmals wird 2016 eine Frau mit dem Bonny-Preis der Freiheit ausgezeichnet. Die im Sternzeichen des Steinbocks geborene Suzette Sandoz gehörte als ehemalige Grossrätin (1986-1991) von 1991 bis 1998 als Vertreterin der Liberalen Partei des Kantons Waadt dem Nationalrat an.

Beruflich war sie Professorin für Privatrecht an der Universität Lausanne und Doyenne deren rechtswissenschaftlicher Fakultät von 2000 bis 2002. Sie ist Autorin des Werkes mit dem zutreffenden Titel «Une voix claire dans la foule» (Editions Cabédita, Bière 2013), mit ihren nach Sachgebieten geordneten politischen Beiträgen, welche in deutscher Sprache von 2002 bis 2011 in der «NZZ am Sonntag» erschienen sind. Unter «Le grain de sable» (deutsch: Sandkorn) betreibt sie einen zeitnahen Blog. Sowohl das Buch als auch der Blog seien der Leserschaft von «Pro Militia» sehr empfohlen!

Suzette Sandoz vertritt unerschrocken einen konservativen Liberalismus mit der Familie als Kern der Gesellschaft, auch entschieden gegen den gerade vorherrschenden Zeitgeist. «Wer fundamentale Werte verteidigt, ist seiner Zeit immer voraus», wird sie in der «Berner Zeitung» zitiert. Bescheiden habe sie den Preis mit den Worten entgegengenommen: «Das habe ich nicht verdient.»

Jean-Pierre Bonny ist Fürsprecher, Oberst, ehemaliger Regimentskommandant und Bundesamtsdirektor; Nationalrat (FDP / BE) von 1983 bis 1999. Er war Präsident der Vereinigung Pro Militia von 2005 bis 2008 und schrieb zahlreiche kritische und wegweisende militärpolitische Artikel in der Zeitung «Pro Militia». Dies vor allem im Zusammenhang mit dem sogenannten Armee-Entwicklungsschritt 2008/2011, einer Verschlimmbesserung der gescheiterten «Armee XXI». Während seines Präsidiums wurde Pro Militia als «Speerspitze der Opposition» bezeichnet (NZZ vom 2. September 2006).

Heinrich L. Wirz

Quellen: BZ Berner Zeitung, 1. September 2016 und 25. August 2015; Wikipedia.

Suzette Sandoz: Une voix claire dans la foule.

Jean-Pierre Bonny, unermüdlicher Kämpfer für eine glaubwürdige Milizarmee.

La Fondation Bonny rend hommage à Suzette Sandoz

La lauréate 2016 du prix de la «Fondation Bonny pour la Liberté» est l’ancienne conseillère nationale et professeur de droit Suzette Sandoz, une personnalité libérale-conservatrice courageuse et déterminée du Pays de Vaud.

C’est en 2013 que Jean-Pierre Bonny a mis sur pied en la dotant d’un capital de 10 millions de francs la fondation qui porte son nom. Cette fondation, politiquement neutre n’est liée à aucun parti. Elle s’est donné pour tâche de promouvoir les valeurs libérales et de liberté, l’esprit d’entreprise, la liberté individuelle et économique mais aussi le respect de la souveraineté lié à un fort sens des responsabilités. Elle attribue chaque année un « Prix de la Liberté » doté d’une somme maximale de 100’000 Francs et soutient toute initiative visant à diminuer la régulation abusive tout en améliorant la qualité des prestations étatiques.
Les premiers lauréats ont été en 2013 le publiciste économique, journaliste et auteur indépendant Beat Kappeler ainsi qu’en 2014 le journaliste tessinois Moreno Bernasconi et Andreas Thiel. En 2015, c’est l’économiste Silvio Borner qui a été récompensé. Le « Prix Bonny pour la Liberté » revient donc en 2016 pour la première fois à une personnalité féminine.
Née sous le signe du bélier, Suzette Sandoz a fait partie du Grand Conseil vaudois (1986-1991) ainsi que du Conseil national (1991-1998) en tant que représentante du Parti Libéral du canton de Vaud.
Professionnellement, la lauréate a été professeur de droit civil à l’Université de Lausanne et doyenne de la Faculté de droit de 2000 à 2002. Elle est l’auteur d’un ouvrage qui porte un titre qui lui va bien : «Une voix claire dans la foule» (Editions Cabédita, Bière 2013), ses diverses interventions politiques, dont certaines ont été publiées régulièrement en langue allemande de 2002 à 2011 dans la «NZZ am Sonntag» sous le sous-titre : «Le grain de sable» traitaient dans un blog de thèmes liés à l’actualité. L’ouvrage tout comme le blog méritent l’attention des lecteurs de «Pro Militia».
Suzette Sandoz défend avec un bel esprit d’indépendance un libéralisme conservateur qui conçoit la famille comme cellule de base de la société et s’oppose avec force et courage aux modes passagères et à l’esprit du temps. « Celui qui défend des thèses fondamentales est toujours en avance sur son temps» (citée par la « Berner Zeitung »). C’est avec une certaine humilité qu’elle a accueilli la nouvelle de sa désignation comme lauréate du Prix : « Je ne l’ai pas mérité ».
Jean-Pierre Bonny est avocat, colonel, ancien commandant de régiment et directeur d’un Office fédéral, conseiller national (PLR) de 1983 à 1999. Il a présidé l’association Pro Militia de 2005 à 2008 et a publié un grand nombre de contributions pointues et constructives sur la politique de sécurité et l’armée dans le journal « Pro Militia ». Il s’est élevé entre particulier contre le projet Etape de développement 2008/2011, une série de correctifs empirant à ses yeux la réforme échouée « Armée XXI ». Pro Militia était considérée durant sa présidence comme le « fer de lance de l’opposition» (NZZ du 2 septembre 2009).)

Heinrich L. Wirz

Sources: BZ Berner Zeitung, 1er séptembre 2016 et 25 août 2015; Wikipedia.

Eine Analyse zum Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem

Die Studiengruppe legte mit ihrem Bericht erstmals eine Gesamtsicht des Dienstpflichtsystems vor und zeigt damit die Wechselwirkungen zwischen Armee, Zivildienst, Zivilschutz, Wehrpflichtersatzabgaben und Erwerbsersatzordnung auf. So kann das Dienstpflichtsystem faktenbasiert sachlich diskutiert werden.

Die vorgeschaltete Zusammenfassung beantwortet in knapper Form die wichtigsten Fragen und ermöglicht einen raschen Einstieg. Interessant und nützlich ist das im Bericht umfassend und sehr detailliert dargestellte Zahlenmaterial, zu allen Aspekten von Dienstleistungen. Der Leser muss sich dabei bewusst sein, dass der Begriff «Sicherheitspolitik» im Bericht sehr weit gefasst ist. Die Interpretation der Zahlen ist dann eine andere Frage!

Vier Modelle

Die Arbeitsgruppe hat vier Modelle erarbeitet. Das Modell 1, «Status quo plus» stellt eine Weiterentwicklung des heutigen Systems dar, ohne grundlegende Änderungen. Im Modell 2, «Sicherheitsdienstpflicht», wird der Begriff Sicherheitsdienst geprägt, mit differenzierterer Zuteilung. Die Armee hat Priorität. Der Zivildienst wird mit dem Zivilschutz in den Katastrophenschutz integriert.
Das von der Studiengruppe zur weiteren Bearbeitung empfohlene Modell 3 «Norwegen» geht davon aus, dass die allgemeine Wehrpflicht für Männer und Frauen eingeführt wird, dass dann aber nur die benötigte Anzahl effektiv aufgeboten wird, auf der Grundlage der gewünschten Qualifikationen. Das Modell würde eine vollständige Abkehr der bisherigen Vorstellung, dass (theoretisch) alle Männer effektiv Dienst leisten, bedeuten.

Es hat natürlich den bestechenden Vorteil, dass damit das Rekrutierungspotential verdoppelt wird und somit im Bereich Personal nach Bedarf eine rasche Vergrösserung des Armeebestandes möglich wäre. Das Modell löst allerdings das Problem auch nicht, dass bei der Aushebung immer häufiger die zukünftige Berufsausbildung und -Ausübung sowie Fähigkeiten und Neigungen noch nicht bekannt sind; ebenfalls offen würde die Frage nach Wehrgerechtigkeit bleiben.
Nicht abtun sollte man die Tatsache, dass damit ein wesentlicher Schritt in Richtung Gleichberechtigung gemacht werden könnte; dies ist laut dem damaligen Verteidigungsattaché von Norwegen in der Schweiz, Kapitän zur See Faeravaag, der Hauptgrund warum dem Modell von den norwegischen Frauen nur wenig Opposition erwuchs (siehe dazu auch den Artikel des norwegischen VA in der ASMZ 12/2014).
Da Norwegen dieses Modell grundsätzlich eingeführt hat, wird es einfach sein, seine Bewährung und allenfalls notwendige Anpassungen genau zu verfolgen, insbesondere nachdem Norwegen und die Schweiz in vielfacher Beziehung sehr ähnlich sind.
Das Modell 4, «Allgemeine Dienstpflicht», schlägt als Novum die obligatorische allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen, einschliesslich der niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländer, vor. Es würde im Rahmen der Sicherung des Armeebestandes, weitgehend Wahlfreiheit herrschen, der Zivildienst wird integriert.
Das Modell 1 bewegt sich im Rahmen der heutigen Verfassung, für die anderen drei Modelle wären Verfassungsänderungen notwendig.

Einseitige Grundlagen

Der Bericht basiert auf zwei Grundlagen, die sich direkt auf die Bestände auswirken und meines Erachtens die dargestellten Schlüsse einseitig erscheinen lassen.
Zum Ersten geht der Bericht, zur Herleitung der potentiellen Personalbedürfnisse, vom Entwurf des Sicherheitspolitischen Berichtes 2016 aus. Dieser greift für das hier zur Diskussion stehende Thema zeitlich zu kurz, zudem ist er in meinem Urteil so geschrieben, dass die «WEA-Armee» vorweggenommen eben genau «passt». Die Gefahr eines Krieges in Europa – und konkret gegen die Schweiz – wird als «unwahrscheinlich» bezeichnet. Das mag kurz- und mittelfristig stimmen, im hier relevanten Zeithorizont für Dienstleistungsmodelle ist diese Aussage fraglich. Es ist zudem planerisch an sich nicht zulässig, im Horizont zehn Jahre und mehr von Wahrscheinlichkeiten zu reden, hier muss die Gefährlichkeit beurteilt werden, die ganz besonders für die Armee die Grundlage darstellen muss. Dieser Aspekt kommt wenig zur Geltung; es erfolgt dadurch aus meiner Sicht eine zu positive Beurteilung der Personalbedürfnisse; diese negiert eigentlich die Tatsache, dass die Armee für die ausserordentliche Lage zugeschnitten sein muss, nicht für die normale Lage.
Zum Zweiten basiert der Bericht auf der «WEA-Armee». Wenn man von einem Armeebestand von 100‘000 Mann ausgeht, muss man tatsächlich nichts unternehmen. Dies führt dann zum Beispiel zur Aussage, dass der Zivildienst den Bestand und die Alimentierung der Armee nicht in Frage stellt. Hier liegt die Schwäche des Berichtes, man muss sich beim Lesen aller Zahlen bewusst sein dass die WEA die Grundlage dafür darstellt. Der Bericht stellt diese naturgemäss nicht in Frage, und damit eben auch die Tatsache nicht, dass die «WEA Armee» in der ausserordentlichen Lage ihren Auftrag kaum wird wahrnehmen können.
Es lohnt sich aber die Modelle zu studieren, die Empfehlungen zur Kenntnis zu nehmen und den weiteren Werdegang des Berichtes zu verfolgen.

Peter Schneider, Oberst i Gst a D, ist Vizepräsident von Pro Militia und war bis Ende 2015 Chefredaktor der ASMZ (Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift), das offizielle Organ der Schweizerischen Offiziersgesellschaft.

Pro Militia : Sezione della Svizzera italiana SSI

L'epoca delle fortificazioni permanenti svizzere dalla fine dell'ultimo conflitto mondiale alla caduta del Muro

Ripercorsa dalla Società ticinese di artiglieria la storia di bunker, forti e sbarramenti.

La conferenza sulle fortificazioni permanenti svizzere a cavallo tra la seconda guerra mondiale e la guerra fredda, che si è svolta sabato 10 settembre presso il comando della brigata di fanteria montagna 9, a Bellinzona (il brigadiere Maurizio Dattrino ha fatto gli onori di casa), ha dato una ulteriore testimonianza dell'eredità che l'esercito svizzero ha lasciato al territorio nel corso dell'intensa opera di costruzione avviata nel 1938.

La serata promossa dalla Società ticinese di artiglieria, presieduta da Simone Gianini, è stata preceduta dalla visita degli artiglieri di Morbegno in visita di cortesia.
Durante la conferenza l'architetto e storico delle fortificazioni Maurice Lovisa ha fornito alcuni cenni sulle fortificazioni permanenti elvetiche dopo la seconda guerra mondiale.
È dopo il 1945, ha rammentato il conferenziere, che le opere fortificate avviate nel periodo bellico vennero gradatamente portate a termine. La concezione della difesa nazionale del 1966, elaborata dal Consiglio federale tenendo conto della minaccia delle armi di distruzione di massa, costituì il punto di partenza per altri interventi di rafforzamento del territorio. I settori delle brigate di combattimento e poi dell'armata di campagna furono rafforzati con bunker a cupola, rifugi antiatomici, posti di comando e lanciamine di fortezza 12 cm. Furono costruiti ulteriori sbarramenti nelle strozzature e la difesa anticarro fu migliorata con l'installazione di torrette da 10,5 cm prelevate da veicoli da combattimento fuori servizio.

In tempi recenti, l'artiglieria di fortezza è stata modernizzata con l'introduzione delle batterie Bison calibro 15,5. Lo stoccaggio permanente dell'esplosivo nel pezzo d'artiglieria ha consentito di accrescere la prontezza di fuoco, mentre gli accantonamenti sotterranei di montagna servivano alla protezione delle truppe.

Dailly Torretta automatica 15 cm

Nel quadro di Esercito 95 sono stati declassati ca. 13'000 forti di artiglieria, fortini di fanteria, posizioni d'armi, rifugi, sbarramenti, barricate e opere minate, che di conseguenza non fanno più parte del dispositivo operativo. Le fortificazioni erano integrate in una rete che copriva tutto il Paese, la cui manutenzione era affidata al Corpo della guardia delle fortificazioni: queste opere erano messe a disposizione degli aggruppamenti di combattimento.
Con Esercito XXI sono state soppresse le truppe di fortezza: agli artiglieri compete l'utilizzo dei pezzi di artiglieria nelle fortificazioni rimanenti, alle guardie delle fortificazioni la relativa manutenzione.

Secondo il tenente colonnello Nüssle, la decisione di sciogliere l'artiglieria di fortezza è stata motivata con il fatto che, al giorno d'oggi, l'efficienza di combattimento delle opere fortificate risulterebbe fortemente limitata e la situazione di minaccia è cambiata. A ciò si potrebbe tuttavia controbattere che, nel frattempo, gli obiettivi dell'artiglieria si sono progressivamente trasformati, passando dagli obiettivi di superficie a quelli di precisione. Secondo il tenente colonnello Nüssle l'artiglieria di fortezza sarebbe stata in grado di dirigere il fuoco in modo preciso, per esempio mediante lanciamine di fortezza equipaggiati con munizioni 'STRIX', in quanto le opere di questo tipo, costruite nel 2003, dispongono infatti ancora di un equipaggiamento molto moderno.

Granata 15,5 cm con Santa Barbara

Alcune fortificazioni ormai desuete sono state trasformate in musei militari (Reuenthal, Le Scex, Cindey, Daily, Sasso Gottardo, La Claustra), oppure riprese da associazioni private, come nel caso del forte di Champex Lac rimasto in mano ai vecchi 'forteressards',gente che ha prestato servizio nelle fortificazioni.
Purtroppo alcune opere fortificate sono state ritirate da gruppi senza la necessaria competenza militare e tecnica nella manutenzione delle opere e degli armamenti.

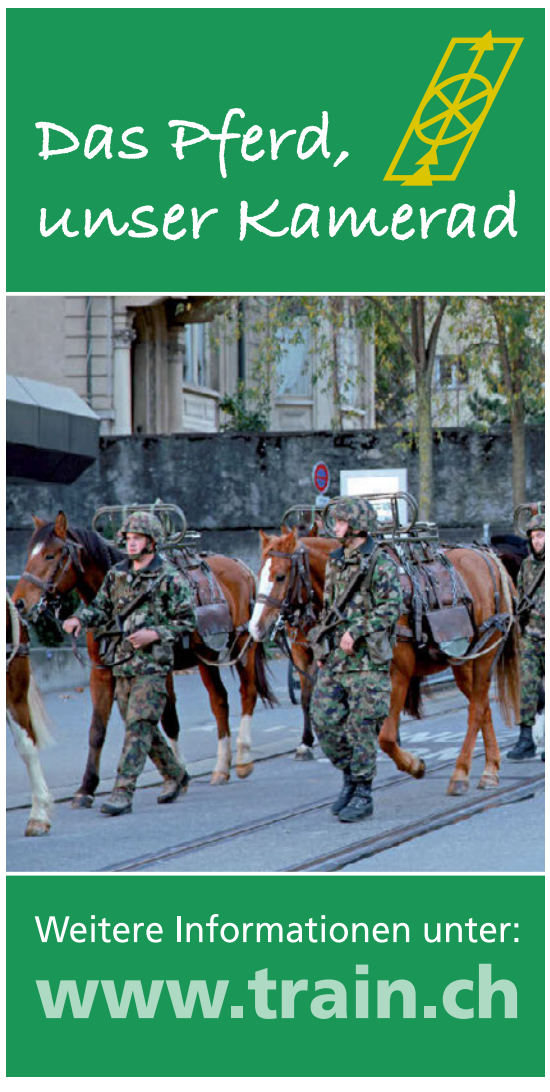
La particolare conformazione delle valli alpine ha favorito la diffusione di fortezze di vario genere. Maurice Lovisa, specialista delle fortificazioni, ha ripercorso con una cinquantina di appassionati gli ultimi studi sulle opere fortificate del nostro esercito.
Se qualcuno si chiede come può essere definito inespugnabile il sistema fortificato elvetico che non è mai stato sotto attacco, si può rispondere che non è mai stato attaccato perché era inespugnabile.
La conferenza è stata organizzata sotto l'impulso della Società ticinese di artiglieria, fondata nel 1952, avente lo scopo di aggiornare le conoscenze di artiglieria, mantenere vivo lo spirito di camerateria, e soprattutto il contatto con le autorità militari e politiche a tutti i livelli, collaborando con l'omologa società svizzera.

Giorgio Piona

Tiro Lui & Lei: un successo nella tradizione

Allo stand di Ponte Brolla si è tenuto l'annuale appuntamento, organizzato da Pro Militia, in collaborazione con il Circolo Ufficiali di Locarno e supportato dall'Unione tiratori Locarno.
Il tiro, denominato «del veterano», ha richiamato ancora una volta tiratori di Pro Militia, del Circolo Ufficiali di Locarno Locarno, dell'ASSU Locarno e dell'ASSU Bellinzona, i loro familiari e altri amici della manifestazione di tiro militare.
La gara, cui hanno partecipato una buona ottantina di tiratori, era articolata sulle due classiche distanze, dei 25 metri con pistola e dei 300 metri con il fucile, con l'inserimento della competizione a coppie «Lui & Lei» che ha visto la partecipazione di quattro coppie.
Nella categoria pistola 25 metri, tra gli uomini si è imposto Peter Morosi di Pro Militia (99 punti), davanti ai rappresentanti dell'ASSU Bellinzona Peter Ferrari (98 punti) e Albino Margni (95 punti), mentre tra le donne si è imposta Roberta Solcà di Pro Militia (56 punti).
La competizione a coppie denominata «Lui & Lei» è stata vinta dalla coppia Roberta Solcà e Franco Mombelli con 149 punti.
Nella categoria fucile 300 metri il primo posto è stato conquistato da Romano Luiselli dell'ASSU Locarno (97 punti), che ha preceduto Eugène Schnyder (94 Punti), e Albino Margni (93 punti). Seguono i rappresentanti di Pro Militia Giovanni Manetti e Gabriele Tela ambedue con 91 punti.
Nella categoria femminile, si è imposta Valeria Morandi, dell'ASSU Bellinzona, con 86 punti.

Giorgio Piona



SUPER GAU?

Ein Kommentar aus sicherheitspolitischer Optik aus aktuellem Anlass der US-Wahlen.

Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 versprach der kurz davor ernannte Reichskanzler Adolf Hitler den Deutschen Arbeit und bessere Lebensbedingungen; das Ansehen Deutschlands werde wiederhergestellt, Recht und Ordnung müsse wieder über allem stehen; die Juden als Schuldige für alle Übel waren gefunden. Das KZ Dachau wurde am 22. März 1933 eröffnet. Die Realität übertraf die Wahlpropaganda bei weitem.

Donald Trump ist am 11. November mit dem Versprechen für Arbeit für Millionen Amerikaner angetreten, für bessere Infrastruktur und ein besseres Image («make America great again»). Die Polizei darf für Law and Order Folter anwenden, das Gefangenenlager Guantanamo Bay bleibt bestehen, Immigranten sind grundsätzlich kriminell, ihre Einreise aus Mexiko soll mit einer Mauer verhindert werden.
Wahlpropaganda, ohne Zweifel; nicht alles wird so heiss gegessen wie angerichtet; wenn man jedoch den Stil und die Wutausbrüche der beiden Demagogen vergleicht, kommt ein mulmiges Gefühl auf.

Für Europa könnten sich die Zeiten rasch ändern; Trump hat signalisiert, dass für ihn die NATO obsolet ist und dass die Europäer zu wenig für Ihre Sicherheit ausgeben (da hat er Recht, nur vier Staaten wenden dafür mehr als die von der NATO geforderten 2% des Bruttoinlandprodukts BIP auf). Auch Länder wie Japan sollen für den Schutz durch die USA aufkommen. Spannungen und Krisen mit Russland und China sind auf Grund des erratischen Verhaltens Trumps programmiert. Europa findet sich wieder in der wenig beneidenswerten Hammer-Amboss Situation, zudem mit wesentlich weniger kalkulierbaren Antagonisten als im Kalten Krieg.

Einmal mehr sind wir, nach 1870, 1914 und 1939, nicht bereit. Die möglicherweise eintretende Lageentwicklung zeigt deutlich auf, wie abwegig das Projekt Weiterentwicklung der Armee (WEA) in Wirklichkeit ist. Wo wir noch 1990 zu Recht glaubten, dass über 650'000 Mann zum Schutz des Landes angemessen seien, sollen jetzt 100'000 Mann, zudem in einer wesentlich schlechteren Lage, ausreichend sein. Die Infanterie ist nicht mehr in Kampfbrigaden organisiert, die Luftwaffe zählt noch genau 30 F/A-18 (von 1960 bis 1980 hatten wir permanent 600 und mehr Jets zur Verfügung!), die Fliegerabwehr ist vollständig obsolet.
Mit dieser Restarmee sollen wir in einem wirtschaftlich und militärisch unsicheren Europa, bei einer voraussichtlich geschwächten NATO, bestehen können? Vielleicht bleibt noch Zeit, entschieden, kräftig und schnell Gegensteuer zu geben; ein Rudolf Minger und ein General Guisan sind jetzt gefragt!

Peter Schneider, Oberst i Gst a D und Vizepräsident Pro Militia

Buchempfehlungen

Roland Haudenschild und Heinrich L. Wirz

Basel und seine Wirtschaft – Eine Zeitreise durch 2000 Jahre

Das Werk schliesst eine Lücke in der Geschichte und umfasst die Gesamtdarstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Basels seit Bestehen der heutigen Siedlung bis ins 20. Jahrhundert, d.h. bis zum 1. Weltkrieg.

In acht Teilen werden die verschiedenen Zeitabschnitte chronologisch behandelt, beginnend vom Hofrecht zur Stadtwirtschaft, anschliessend 150 Jahre Handwerksregiment über die Zeit der Glaubenskriege und des Absolutismus. Auf den Weg ins 18. Jahrhundert folgt die Aufklärung – Pietismus – Revolutionen, führend zu Helvetik, Mediation und Restauration. Die Jahre von 1830 bis 1848 und Basels Aufbruch in die Moderne runden die Darstellung ab.
Trotz unterschiedlicher Quellenlage geht der Autor detailliert auf die verschiedenen wirtschaftlichen Fakten und die Ereignisse ein. Er zeigt die Gegensätze z.B. zwischen geistlicher und weltlicher Herrschaft, die Entstehung der städtischen Strukturen wie auch die Vielfältigkeit und Eigenheit der Handwerker und ihrer Zünfte.
Basel befand sich immer mit den angrenzenden ausländischen Staaten in einem gewissen Spannungsverhältnis, mit positiven und negativen Auswirkungen auf Gewerbe und Handel. Politische Veränderungen haben zahlreiche Spuren in der Stadt hinterlassen sowie auch die Kantonstrennung von 1833 und die Industrialisierung. Die Handelsstadt am Rhein hat auch im neuen Bundesstaat von 1848 mit Weitsicht auf verschiedenen Gebieten bedeutendes geleistet. Als Verkehrsdrehscheibe zu Land und Wasser war und ist Basel von grosser Bedeutung. Das umfangreiche Buch beleuchtet auf anschauliche Art und Weise die verschiedensten wirtschaftlichen Aspekte und zeigt umfassend den Werdegang von Basel; eine bereichernde Lektüre auch für Nichtwirtschaftssachverständige.

Roland Haudenschild

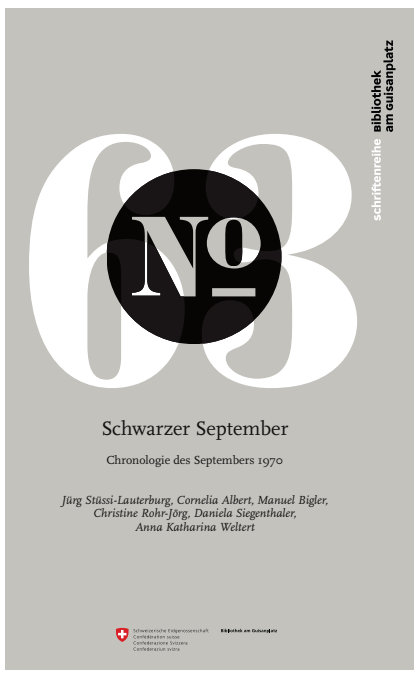
Heinz Polivka
Basel und seine Wirtschaft – Eine Zeitreise durch 2000 Jahre

Zollikofen und Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg 2016,
ISBN 978-3-85648-154-4
Preis: CHF 65.– (inkl. Porto und Verpackung)

Schwarzer September 1970 – Eine Chronologie

Der kompakte Inhalt liest sich – mit den Zusammenhängen in der Vor- und der Nachgeschichte – spannend wie ein Tagebuch des nahöstlichen Terrorismus während 70 Jahren. Der erste Eintrag stammt vom 17. Juni 1946: «Das am 25. Mai 1946 ausgerufene Haschemitische Königreich Transjordanien (nachmals Jordanien) wird infolge des Vertrags von London vom 22. März 1946 unabhängig; erster König wird der bisherige transjordanische Amir Abdullah I.» Letzter Eintrag vom 8. Juni 2016: «Tod alt Bundesrat Pierre Aubert.» Er war von 1978 bis 1987 Chef des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten und traf sich am 14. Juli 1981 in Bern mit Faruq al Qaddumi, einem Exponenten der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO.
Die palästinensische terroristische Untergrundorganisation «Schwarzer September» wurde gemäss lexikalischen Einträgen im September 1970 nach der Vernichtung der PLO-Stützpunkte im jordanischen Bürgerkrieg gegründet. Sie führte bis Mitte der 1970er-Jahre Attentate, Flugzeugentführungen, Sabotageakte und Überfälle durch und ist insbesondere durch die blutig endende Geiselnahme von Mitgliedern der israelischen Mannschaft während der Olympischen Sommerspiele von 1972 in München in trauriger Erinnerung geblieben.
Abgesehen von den diplomatischen Verbindungen und Vermittlungsversuchen traf der terroristische Schrecken die Schweiz unmittelbar. Am 21. Februar 1970 stürzte ein Coronado-Passagierflugzeug der Swissair auf dem Flug Zürich-Tel Aviv nach der Explosion einer Paketbombe bei Würenlingen AG ab – alle 47 Insassen starben. Am 6. September 1970 entführte die Volksfront zur Befreiung Palästinas drei Passagierflugzeuge, wovon eine später gesprengte Douglas DC-8 der Swissair während des Fluges Zürich-New York, auf einen stillgelegten Flugplatz nahe Zerqa in Jordanien. Nach einer nervenaufreibenden Feilscherei um die Freigabe der Gefangenen kam es zu einem glimpflichen Ende.
Das Werk enthält eine erstmalige und unverzichtbare Sammlung von Daten, Geschehnissen, Namen und Quellen mit terroristischem Bezug auf den Nahen Osten sowie mit innen- und aussenpolitischen Auswirkungen auf die Schweiz. Unser Land war jedoch keineswegs allein herausgefordert, sondern zum Teil im Verbund mit insbesondere den USA, Grossbritannien, Deutschland, Israel, Jordanien, Syrien, Irak, Ägypten, Sudan, Südjemen, Saudi-Arabien, China und Nordkorea. «Bis jene grosse Geschichtsschreibung dereinst kommt, mag die vorliegende Chronologie ihre Dienste leisten, als Hilfsmittel für alle, die sich rasch in einem Monat Weltgeschichte umsehen wollen, welcher besonders reich ist an dramatischen Ereignissen und internationalen Vernetzungen […].»

Heinrich L. Wirz



Cornelia Albert, Jürg Stüssi-Lauterburg, Manuel Bigler, Christine Rohr-Jörg, Daniela Siegenthaler, Anna Katharina Weltert: Schwarzer September – Chronologie des Septembers 1970

134 Seiten, broschiert.
Schriftenreihe Nr. 63 der Bibliothek am Guisanplatz (BiG), Bern 2016.
www.big.admin.ch
ISBN 978-3-906969-75-6
ISSN 2296-4630
Vertrieb:
BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Verkaufspreis: CHF 25.--

Was will Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne von Artikel 6 der Bundesverfassung zur «Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft» beitragen. Sie alle setzen sich ein für die Äussere und die Innere Sicherheit unseres Landes und daher für eine verfassungsmässige, bedrohungsgerechte, glaubwürdige und entsprechend finanzierte Milizarmee. Hauptzweck der Vereinigung ist die Herausgabe der gleichnamigen, dreisprachigen und unabhängigen Zeitung.

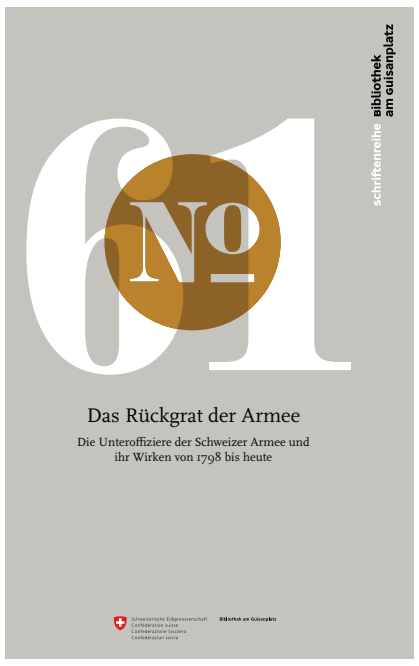
Que veut Pro Militia?

Pro Militia est une association regroupant des militaires anciennement ou présentement incorporés dans l'armée ainsi que des citoyennes et des citoyens, tous soucieux de contribuer selon leurs forces à l'accomplissement des tâches de l'Etat et de la société comme stipulé à l'article 6 de la Constitution fédérale. Les uns et les autres s'engagent en faveur de la sécurité extérieure et intérieure de notre pays et donc pour une armée de milice fidèle à la Constitution, apte à faire face aux menaces de ce temps, crédible et financée à hauteur de ses responsabilités. La raison d'être de notre association est principalement de garantir la parution du journal «Pro Militia», un organe indépendant publié en trois langues.

Unteroffiziere und Schweizer Armee – ein Überblick seit 1798

30 Mitautorinnen und Mitautoren füllen mit diesem erstmaligen und für die nächsten Jahre wohl einmaligen Werk eine bisher empfindliche Lücke. Es ist originell bebildert, enthält Beiträge in den vier Landessprachen und über sämtliche Gesichtspunkte der Unteroffiziere aller Grade. Treibende Kraft war Chefadjutant Pius Müller, zugeteilter Stabsunteroffizier des Chefs der Armee bis 31. Mai 2016. Er schreibt in seinem Vorwort: «Die Persönlichkeiten in ihrer Vielfalt machen das Unteroffizierskorps aus, wie überall, wo Menschen gemeinsam einer Sache dienen.» Dieses Korps soll sich kontinuierlich und unspektakulär entwickeln, geprägt durch Bescheidenheit, Loyalität und Klugheit. Erfolgsversprechend sei insbesondere, die Miliz einzubeziehen. Er will weiterhin Unteroffiziere, die das Soldatenhandwerk beherrschen und ihre Führungsverantwortung wahrnehmen.
Philipp Müller, Redaktor und Herausgeber der Schriftenreihe, in seinem Geleitwort: «Ich wünsche allen Interessentinnen und Interessenten an der Geschichte des Schweizer Unteroffizierskorps grosses Lesevergnügen durch viele informative, sicher auch unbekannte, aber auch unterhaltende Fakten und Geschichten.» Dieses Begehren erfüllt ein bunter Reigen von Themen, darunter: Herkunft und Entwicklung; Aufgaben und Stellung; Auswahl und Ausbildung; Uniformen und Gradstrukturen; Feldweibel, Fourier und Militärküchenchef; Berufsunteroffizierskorps; Militärzeitschrift «Schweizer Soldat»; 50 Jahre AESOR / CISOR (Confédération Interalliée des Sous-Officiers de Réserve); Schweizerische Unteroffizierstage (SUT).
Korpskommandant André Blattmann, Chef der Armee, rundet den Sammelband ab und zitiert aus dem Dienstreglement 04 die Aufgaben der Unteroffiziere aller Grade. Er erwähnt als tragende Säulen sowohl den Schweizerischen Unteroffiziersverband (SUOV) mit seiner ausserdienstlichen Tätigkeit als auch die Berufsunteroffiziersschule der Armee (BUSA) und setzt den Schlusspunkt: «Die Unteroffiziere sind das Rückgrat der Schweizer Armee. Ohne sie geht es nicht.» Das Werk verdient ausserhalb und innerhalb der Armee eine weite Verbreitung und gehört fortan zur Pflichtlektüre zumindest jedes Truppenkommandanten aller Stufen. Was täten die militärischen Chefs ohne ihre (höheren) Unteroffiziere?

Heinrich L. Wirz



Autorenkollektiv (30); Redaktion: Philippe Müller
Das Rückgrat der Armee –
Die Unteroffiziere der Schweizer Armee und ihr Wirken von 1798 bis heute

382 Seiten, 79 Abbildungen farbig und schwarz-weiss, broschiert.
Schriftenreihe Nr. 61 der Bibliothek am Guisanplatz (BiG), Bern 2016. www.big.admin.ch
ISBN 978-3-906969-70-1
ISSN 2296-4630
Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Verkaufspreis: CHF 25.–

Ein Bestand von 300 000 stimmt

Kommentar zur Debatte über die Wehrhaftigkeit und Rolle der Schweizer Armee von Peter Schneider.

«Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt» (Schiller, Wilhelm Tell) ist aktueller denn je, im Mittleren Osten und in Afrika, aber auch in Europa, so etwa bei der Besetzung der Krim durch Russland (2014).

Krieg und Krise sind omnipräsent, akut oder latent. Moderne Kriege sind komplexer und diffuser. Sie finden gleichzeitig im Innern und an der Grenze statt, mit allen Mitteln und Methoden, die dem Gegner Schaden zufügen und ihn lähmen können; die Krim stellt dafür ein Schulbeispiel dar. Der lang anhaltende Frieden macht träge; es ist bequemer, die beiden Weltkriege, den Kalten Krieg, den weiterhin schwelenden Krieg im Balkan oder den drei Wochen dauernden Cyberangriff auf staatliche und privatwirtschaftliche Institutionen in Estland im Jahr 2007 zu ignorieren.

Der Sicherheitspolitische Bericht 2016 nennt eine umfassende Liste von Gefahren und Bedrohungen für die Schweiz; er räumt der Verteidigungsfähigkeit wieder deutlich mehr Platz ein als frühere Berichte. Zudem gilt Artikel 58 der Bundesverfassung (BV) nach wie vor. Erstens: «Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.» Und zweitens: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung …».

Dissuasion statt WEA

Das Prinzip der Milizarmee ist unbestritten, die Wehrpflicht wurde am 22. September 2013 von 73,2 Prozent der Abstimmenden bestätigt. In unserem dicht besiedelten und hochgradig vernetzten und industrialisierten Land kann nur Kriegsverhinderung, also eine Strategie der Dissuasion, Sinn machen. Umso unverständlicher ist die eingeleitete «Weiterentwicklung der Armee (WEA)», deren Bestand von 100 000 Mann diesen Vorgaben in keiner Weise entspricht.

Das Einbringen der zivilen Aus- und Weiterbildung sowie Erfahrung stellt den eigentlichen Trumpf der Miliz dar; sie ist damit jeder Berufsarmee überlegen, unter der Voraussetzung, dass ein sehr hoher Anteil der Pflichtigen den Dienst über Jahre leistet. Berufswechsel und lange Weiterbildungen sind heute normal; dieses Wissen und Können geht bei den geplanten nur sechs Wiederholungskursen für die Armee ganz verloren. Eine rigorose Aushebung, die differenzierte Tauglichkeit einschliesst, sowie eine massive Reduktion des Zivildienstes durch Wiedereinführung von ernsthaften Prüfungen erhöhen den Bestand und tragen zur Wehrgerechtigkeit bei.

Grössere Armee notwendig

Ein gegenüber der WEA wesentlich höherer Armeebestand ist notwendig. Die Objekte von nationaler Bedeutung zu bewachen und gleichzeitig Einbrüche über wesentliche Grenzabschnitte zu verhindern, dazu wichtige Achsen und Transversalen zu schützen, erfordert in einer lange dauernden Kriegs- oder kriegsähnlichen Lage, mit den für die Wirtschaft notwendigen Ablösungen, eine Grössenordnung von 200 000 Mann; die stillgelegten und liquidierten modernen Waffensysteme werden uns dazu schmerzhaft fehlen!

Dazu kommen alle unterstützenden und logistischen Mittel sowie selbstverständlich die Luftwaffe. Ein Gesamtbestand von etwa 300 000 Frauen und Männern dürfte in der Grössenordnung stimmen, also weniger als die Hälfte des Bestandes der Armee 61, den wir im Kalten Krieg als notwendig erachteten.

Dank guter Ausbildung kann das Grundhandwerk in kurzen Schulen und Kursen gelernt werden, nicht aber Polyvalenz. Der (Kampf-)Infanterist hat mit seinen Waffen und anspruchsvollen Fahrzeugen bis hin zum Radschützenpanzer mehr denn genug zu tun, das gilt aber auch für den (Territorial-) Infanteristen, den wir dringend wieder benötigen; seine Aufgaben sind ebenso anspruchsvoll, aber gründlich verschieden; beides gleichzeitig geht nicht.

> «Unser Land war dreimal nicht bereit (1870, 1914, 1939), wir stehen mit der WEA heute noch wesentlich schlechter da.»

1870, 1914, 1939 und… 20xy?

In der normalen Lage muss die Armee zum Schutz der Bevölkerung bei einer Grosskatastrophe beitragen können. Dazu müssen permanent genügend Formationen im Dienst sein, um aus dem Stand handeln zu können, allerdings wurden zahlreiche Einrichtungen dazu aufgegeben. Durchdiener sind eigentlich systemfremd und sollten auf ein Minimum reduziert werden.

Unser Land war dreimal nicht bereit (1870, 1914, 1939), wir stehen mit der WEA noch wesentlich schlechter da. Es ist Zeit, aufzuhören, sich hinter der Universalausrede des «politisch Machbaren» zu verstecken, und dafür endlich zu tun, was für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bewohner notwendig ist.

Der Artikel erschien am 26. Oktober 2016 als Gastkommentar in der Zeitung «Die Nordwestschweiz» (Aargauer Zeitung AZ). Abdruck mit freundlicher Genehmigung der AZ. Zwischentitel durch die Redaktion gesetzt.

Peter Schneider, Oberst i Gst a D, ist Vizepräsident von Pro Militia und war bis Ende 2015 Chefredaktor der ASMZ (Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift), des offiziellen Organs der Schweizerischen Offiziersgesellschaft.

Vorankündigung – Preavviso – Préavis

Pro Militia besichtigt 2017 die Festung Sasso Gottardo. Der Besuch auf dem Gotthardpass findet am **Mittwoch, 28. Juni** statt. Anmeldetalon und Details zum Programm folgen in der nächsten Nummer.

La prochaine visite de Pro Militia aura lieu **mercredi, le 28 juin 2017** – visite de la forteresse Sasso Gottardo au col du Saint-Gothard. Tous les détails concernant le programme et l'inscription seront publiés dans la prochaine édition.

La prossima visita di Pro Militia si effettuerà **mercoledì, 28 giugno 2017** con la visita della fortezza di Sasso Gottardo. Ulteriori informazioni sul programma e l'iscrizione nella prossima edizione.

Werden Sie Mitglied von Pro Militia!
Devenez membre de Pro Militia!
Diventate soci di Pro Militia!

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / *nom* / cognome

Vorname / *prénom* / nome

Geburtsdatum / *date de naissance* / data di nascita

Strasse Nr. / *rue n°* / via n°

PLZ, Wohnort / *NPA, domicile* / NPA, domicilio

Datum / *date* / data

Unterschrift / *signature* / firma

Bitte einsenden an/renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia
Postfach/case postale 369; 3000 Bern 14
Konto/Conto Credit Suisse AG, 8070 Zürich
IBAN: CH 89 0483 5099 9136 2100 0

Jahresbeitrag Fr. 25.– / *Cotisation annuelle Fr. 25.–*

Dal Ticino e dal Grigioni italiano spedire p.f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–.

Pro Militia

Impressum

26. Jahrgang/26e année/26° anno

Erscheint vierteljährlich/Paraît trimestriellement/Trimestrale

Nummer/Numéro/Numero 4/2016, 21.11.2016

Abschlussdatum/Date de clôture/Data di chiusura: 10.11.2016

Druckauflage/Tirage/Tiratura: 5 000

Nummer/Numéro/Numero 1/2017
Redaktionsschluss/Délai de rédaction/Termine di redazione: 27.01.2017

Erscheinungsdatum/Date de parution/Data di pubblicazione: 20.02.2017

ISSN 1662-5560

www.promilitia.ch

Herausgeber/Editeur/Editore

Pro Militia
Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee/Association d'anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée suisse/Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito svizzero

Präsident
Président / Presidente:
Hermann Graf

Presidente Sezione della Svizzera Italiana (SSI): Angelo Polli

Chefredaktor/Rédacteur en chef/Caporedattore:
Martin Fricker,
redaktion@promilitia.ch
martin.fricker@martinfricker.ch

Insertionsbedingungen:

Format	CHF
1/1 Seite	1500.–
½ Seite hoch/quer	800.–
¼ Seite hoch/quer	500.–
1/8 Seite hoch/quer	300.–

4-farbig oder schwarz/weiss

www.promilitia.ch

Bundeshausredaktor/Correspondant parlementaire/Corrispondente parlamentare:
Heinrich L. Wirz,
heinrich.l.wirz@bluewin.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/Ufficio
Postfach/Case postale/Casella postale 369, 3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch

Druck und Versand/Impression et expédition/Stampa e spedizione:
Stämpfli AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten/
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati

Einzelverkaufspreis: CHF 5.–
Bezugsquelle: Geschäftsstelle Pro Militia

Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea